Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zur Wissensbilanz-Verordnung 2010

Geschäftszahl des bm.wf: BMWF-52.220/0002-I/6a/2012

1. Vorbemerkung

Die jährliche Erstellung der Wissensbilanz ist für die Universitäten aber auch für das bm.wf mit einem beträchtlichen Ressourcenaufwand verbunden. Insofern dieser Ressourcenaufwand aus öffentlichen Mitteln zu bedecken ist, ergibt sich für die Berichtsteile und die Kennzahlen der Wissensbilanz sowie auch des Datenbedarfs die Verpflichtung des Verordnungsgebers, dass die Aussagekraft und die Sinnhaftigkeit der durch die Wissensbilanz-Verordnung vorgesehenen Elemente gewährleistet ist. Die Aussagekraft und Sinnhaftigkeit der verschiedenen Elemente der Wissensbilanz muss weiters in dem Maße stärker außer Zweifel stehen, als die Erstellung dieser Elemente einen höheren und zusätzlich zu den bestehenden Verwaltungsabläufen notwendigen Aufwand verlangt.

Diesem Umstand hatte der Verordnungsgeber in § 10 Wissensbilanz-Verordnung 2006 (BGBl. II 63/2006) insofern Rechnung getragen, als er anordnete, dass spätestens fünf Jahre nach dem In-Kraft-Treten der Verordnung eine Evaluierung über die Zielerreichung der Verordnung insbesondere über die tatsächliche Verwendung der Daten durchzuführen gewesen wäre. Diese fand freilich durch die Erlassung der Wissensbilanz-Verordnung 2010 nicht statt. Die Wissensbilanz-Verordnung 2010 enthält indes keine vergleichbare Bestimmung.

Da allerdings das erklärte Ziel des vorliegenden Entwurfs ist, eine verbesserte Darstellung von (vorhandenen und neuen) Kennzahlen zu erreichen, damit diese als größere Auswahl an möglichen Zielerreichungsindikatoren in den Leistungsvereinbarungen der Universitäten Verwendung finden können, verfolgt die Novelle ganz offensichtlich oben dargelegte Ziele und will damit auch vermeiden, dass die Wissensbilanzen der Universitäten Kennzahlen enthalten, welche für diesen Zweck unbrauchbar sind, d.h. tatsächlich nicht verwendet werden (können). In dieser Hinsicht geht - wie noch zu zeigen sein wird - der vorliegende Entwurf nicht weit genug, da einer Novellierung ja auch die Chance innewohnt, als Ballast identifizierte Kennzahlen zu entfernen, wobei Ballast all das ist, was tatsächlich eben nicht verwendet wird und damit einer Rechtfertigung im Sinne einer Zielerreichung entbehrt. Anders gesagt: wenn weder die Universitäten noch das bm.wf eine Kennzahl im Rahmen der Leistungsvereinbarung als Zielerreichungsindikatoren zu verwenden bereit ist oder wenigstens in Erwägung zieht, so ist der Aufwand, eine derartige Kennzahl zu erstellen, nicht gerechtfertigt. Leider lässt der vorliegende Entwurf detaillierte Informationen darüber, welche der bestehenden Kennzahlen tatsächlich verwendet werden, gänzlich vermissen, obgleich es dem bm.wf wohl zumutbar wäre, diese Informationen bereitzustellen.

2. Finanzielle Auswirkungen

Der vorliegende Entwurf geht davon aus, dass pro Universität ein Implementierungsaufwand für die vorgesehenen Änderungen von ca. € 6.000,-- anfällt. Der vorliegende Entwurf geht auch davon aus, dass die Universitäten diesen Aufwand aus dem Globalbudget zu bedecken haben. Da es sich bei der Implementierung um eine zusätzliche, vom Verordnungsgeber geschaffene Aufgabe handelt, ist nicht nachvollziehbar, warum die Universitäten diesen Aufwand aus ihrem Globalbudget bestreiten sollten, über welches ohne Berücksichtigung dieser Aufgabe die Leistungsvereinbarung 2013-2015 abgeschlossen wurde. Es wird daher als unumgänglich erachtet, dass den Universitäten der Implementierungsaufwand, sei es pauschaliert, sei es nach dem tatsächlichen Aufwand, zusätzlich abgegolten wird.

Der vorliegende Entwurf geht weiters davon aus, dass laufende Mehraufwände nicht zu erwarten sind. Nachdem der Berichtsumfang des narrativen Teils der Wissensbilanz erweitert werden soll, die Anzahl der Kennzahlen erhöht werden soll und bei einigen Kennzahlen erweiternde Änderungen vorgesehen sind, scheinen dieser Behauptung die Tatsachen zu widersprechen.

Es ist daher ebenso unumgänglich, dass die absehbaren Mehraufwände für die Universitäten in den Jahren 2014 und 2015 zusätzlich abgedeckt werden müssen.

3. Erweiterungen im narrativen Teil

Die Erweiterungen im narrativen Teil der Wissensbilanz (§ 4 Abs 1), welcher schon in der geltenden Fassung ein umfangreiche Punktation aufweist, werden damit begründet, dass es sich "um wiederkehrende Fragestellungen handelt, deren Beantwortung für die weitere Bearbeitung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung benötigt wird". Die Wissensbilanz wird an dieser Stelle als "Nachfolgeberichtsinstrument zum Leistungsbericht" bezeichnet.

Der Ordnungsgeber scheint hier das Wesen, die Natur und die Funktion der Wissensbilanz gem. § 13 Abs 6 UG zu verkennen. Weder kann dem Gesetzestext entnommen oder unterstellt werden, dass die Wissensbilanz dazu dienen soll, weiter zu bearbeitende Antworten auf Fragen des bm.wf zu enthalten, noch ist die Wissensbilanz ein Instrument, welches über nicht mehr einer Leistungsvereinbarung auffindbare Leistungen weiterberichten soll. In beiden Fällen kann nur die Leistungsvereinbarung selbst als Instrument der hier vom bm.wf offen gelegten Zielsetzungen dienen.

Anordnungen der Wissensbilanz-Verordnung hinsichtlich des narrativen Teils, welche sich nicht unmittelbar aus §§ 1, 2 und 3 sowie 7 UG herleiten lassen, überspannen die Verordnungsermächtigung gem. § 13 Abs 6 UG. Sie können bestenfalls Anregungen sein und sind daher auch deutlich als solche zu kennzeichnen. Insofern erscheint es angezeigt, sowohl die geltende Wissensbilanz-Verordnung als auch den vorliegenden Entwurf im Lichte dieser Überlegungen umzugestalten. Hierzu sollte das Einvernehmen mit der Universitätenkonferenz hergestellt werden.

4. Änderungen und Erweiterungen im Kennzahlenteil

4.1 1.C.1 Anzahl der in aktive Kooperationsverträge eingebundenen Partnerinstitutionen/Unternehmen

Die Erweiterung der Kennzahl hinsichtlich des Klassifikationsmerkmals "Lehrkrankenhäuser" wird begrüßt. Angeregt wird ein weiteres Klassifikationsmerkmal "Lehrpraxen im klinisch-praktischen Jahr", da diese Kooperationen bei den Medizinischen Universitäten in großer Zahl vorkommen.

Anzumerken ist auch, dass die Kennzahl sinnvollerweise unter "1.B Intellektuelles Vermögen - Beziehungskapital" einzuordnen wäre und nicht unter "1.C Intellektuelles Vermögen - Strukturkapital".

4.2 1.C.3 Aufwendungen für Infrastruktur im F&E-Bereich/Bereich Entwicklung und Erschließung der Künste in Euro (neu)

Diese neue Kennzahl entspricht in Teilen (Großgeräte) der Kennzahl "II.2.9 Gesamtaufwendungen für Großgeräte im F&E-Bereich/Bereich Entwicklung und Erschließung der Künste in Euro" der Wissensbilanz-Verordnung 2006 sowie der Datenbedarfskennzahl "1.5 Gesamtaufwendungen für Großgeräte im F&E-Bereich in Euro" der Stammversion der Wissensbilanz-Verordnung 2010. Der Wechsel zwischen der Einordnung als Wissensbilanzkennzahl und Datenbedarfskennzahl lässt auf eine gewisse Beliebigkeit der Zuordnung schließen.

Allerdings finden sich neben dem Klassifizierungsmerkmal "Großgeräte / Großanlagen" noch drei weitere sog. "Aufwendungsbereiche":

- Core Facilities
- Elektronische Datenbanken
- Räumliche Infrastruktur

Aus den Erläuterungen lässt sich entnehmen, dass Aufwendungen für diese drei Bereiche "jeweils ohne Schwellwert" zu berichten sein sollen. Während Aufwendungen für Datenbanken, d.h. vor allem Lizenzkosten, vielleicht auch IT-Infrastruktur, in der Regel relativ gut abgrenzbar sein sollte, bereiten dies bei den beiden anderen Größen erhebliche Schwierigkeiten. So wird man bei Core Facilities wohl auf den Aufwand für Personal, Sachmittel, Investitionen, die ggf. auch Großgeräte umfassen können, Gemeinkosten u.a.m. abstellen müssen, während bei räumlicher Infrastruktur sowohl Aufwendungen der Ausstattung, mithin Investitionen, als auch der Instandhaltung ebenso wie Mieten u.a.m. zu berücksichtigen wären. Es ist demnach davon auszugehen, dass Aufwendungen gleichzeitig verschiedenen "Aufwendungsbereichen" zuordenbar sein können.

Insgesamt wirft die geplante Kennzahl eine Reihe von Fragen auf, zu denen auch jene treten könnte, was denn nun eine Core Facility ist und wann man von einer solchen sprechen kann oder nicht, so dass dringlich abgeraten wird, die Kennzahl in der vorgeschlagenen Form in die Wissensbilanz aufzunehmen.

4.3 2.A.1 Zeitvolumen des wissenschaftlichen Personals im Bereich Lehre in Vollzeitäquivalenten

Die bestehende Kennzahl soll um vier Personalkategorien des wissenschaftlichen Personals erweitert werden. Aus den Erläuterungen geht nicht hervor, welches Ziel mit diesem Mehraufwand erreicht werden soll. Schon bisher war die Aussagekraft der Kennzahl dadurch eingeschränkt, dass sie für drei Arten von Unterricht drei verschiedene Umrechnungsfaktoren pro Semesterwochenstunde vorgab, deren Produkte dann wieder durch 40 zu dividieren waren, um daraus fiktive Vollzeitäquivalente zu erhalten. Die Berechnungsmethode ist seit der Wissensbilanz-Verordnung 2006 unverändert geblieben, sie wurde weder hinterfragt noch überprüft. Ihre Eignung, die Realität abzubilden, kann daher mit Recht in Zweifel gezogen werden.

Die geplante Erweiterung der Kennzahl bedeutet einen zusätzlichen Mehraufwand. Da dieser Mehraufwand nicht durch eine klare Zielsetzung gerechtfertigt wird, kann er nur abgelehnt werden.

4.4. 2.A.2 Anzahl der eingerichteten Studien

Die vorliegende Änderung hinsichtlich der Definition von "eingerichtete Studien" widerspricht den Erläuterungen. Diese führen aus, dass Universitätslehrgänge als eingerichtet gelten, wenn ihr Curriculum erlassen wurde - die Definition verlangt dagegen für alle Studien also auch für Universitätslehrgänge, dass sie "im Stichtagssemester begonnen werden können". Die Definition sollte in diesem Punkt den Erläuterungen angepasst werden.

Die Erläuterungen führen zum Schichtungsmerkmal "Studienform" aus, das primär zwischen Präsenz- und Fernstudien zu unterscheiden ist, und "auf zweiter Ebene" zwischen blended-learning Studien, fremdsprachigen Studien und berufsbegleitenden Studien. Die Definition der Kennzahl ist in der tabellarischen Darstellung etwas unklarer. Allerdings verkennt der Verordnungsgeber, dass es sich bei den Klassifikationsmerkmalen "blended-learning Studien" um eine Zwischenform von Präsenz- und Fernstudium handelt, mit der heute schon alltäglichen Besonderheit des Einsatzes von E-Learning. Dagegen stellen sowohl "fremdsprachigen Studien" als auch "berufsbegleitende Studien" eigene Klassen dar. Tatsächlich sollten daher die Schichtungsebenen der "Studienform" folgendermaßen aussehen:

1. Präsenzstudium ODER blended-learning Studium ODER Fernstudium
2. fremdsprachiges Studium ODER nicht-fremdsprachiges Studium
3. berufsbegleitendes Studium ODER nicht-berufsbegleitendes Studium

Um eine funktionsfähige technische Umsetzung zu gewährleisten, sollte daher die vorgeschlagene Gestaltung des Schichtungsmerkmals "Studienform" überarbeitet werden.

4.5 3.B.3 Anzahl der Patentanmeldungen, Patenterteilungen, Verwertungs-Spin-Offs, Lizenz-, Options- und Verkaufsverträge (neu)

Die vorgesehene Kennzahl geht teilweise auf die Kennzahl "IV.2.4 Anzahl der auf den Namen der Universität erteilten Patente" der Wissensbilanz-Verordnung 2006 und auf die Datenbedarfskennzahl "1.6 Anzahl der auf den Namen der Universität erteilten Patente" der Wissensbilanz-Verordnung 2010 zurück. Wie bereits oben angemerkt, scheint die Zuordnung zum Kennzahlenbereich der Wissensbilanz und des Datenbedarfs einer gewissen Beliebigkeit zu unterliegen.

Allerdings erfährt auch der Patente betreffende Teil der Kennzahl eine Veränderung: bisher waren erteilte Patente in der Kennzahl zu berücksichtigen, nunmehr sollen auch angemeldete Patente einbezogen werden. Es mag zwar sinnvoller sein, Patente erst in die Wissensbilanz aufzunehmen, wenn sie erteilt wurden, andererseits handelt es sich bei der Anzahl von Erteilungen und der Anzahl von Anmeldungen um recht niedrige Werte. Den Erläuterungen ist aber auch zu entnehmen, dass - über die bisherigen Kennzahlen hinaus - offenbar auch solche Patentanmeldungen erfasst werden sollen, welche nicht auf den Namen der Universität sondern von Dritten durchgeführt werden, soweit der Anmeldegegenstand eine Dienstleistung darstellt. Diese Passage sollten jedenfalls für die Auslegung eines etwaigen Verordnungstextes schon im Vorfeld als unbeachtlich deklariert werden, würde es doch die Universitäten zwingen, die Erfindungsverwertung über Dritte durch die Aufnahme entsprechender Informationskautelen zu erschweren bzw. stellt sich grundsätzlich die Frage, ob nicht auch ein Verzicht auf die Inanspruchnahme einer Dienstleistung durch das Rektorat gem § 106 Abs 3 UG bereits eine Rechteübertragung an Dritte darstellt, so dass auch solche Erfindungen einbezogen werden müssten.

Die Kennzahl wurde aber über den Bereich "Patente" hinaus signifikant erweitert und zwar um einen Bereich "Verwertung". Dies wird in den Erläuterungen damit begründet, dass mit Auslaufen des vom *bm.wf finanzierten* Programms *uni:invent* mit Ende 2009 "eine lückenlose Datenerfassung in diesem Bereich nicht mehr möglich ist". Muss diese Begründung so verstanden werden, dass nunmehr die Universitäten herangezogen werden sollen, eine vormals *finanzierte* Datenerhebung ohne entsprechende *Finanzierung* zu substituieren? Was den Bereich "Verwertung" anbelangt, ist jedoch der Bezug zum Programm *uni:invent* zu kurz gegriffen, da ausdrücklich aus den Erläuterungen hervorgeht, dass alle nur denkbaren Arten von Immaterialgüterrechten erfasst werden sollen. Damit wird der tatsächlich Aufwand für diese Kennzahl schwer abschätzbar. Was allerdings abschätzbar ist, dass in der Regel und nicht als Ausnahme Abgrenzungsprobleme auftreten werden, die insbesondere die Zuordnung zu den drei als Schichtungsmerkmale vorgesehenen Vertragstypen betreffen. Aus den in der Erläuterung auffindbaren Definitionsversuchen ist ablesbar, dass dem Verordnungsgeber völlig bewusst ist, dass in der Praxis alle möglichen Vertragsvarianten und Mischverträge vorkommen, so dass Rechtsgeschäfte über Immaterialgüterrechte in unterschiedlichsten Formen alltäglich sind. Es fehlt überdies ein Hinweis darauf, welcher Sachverhalt einen bestimmten Vertrag in einem bestimmten Jahr zählbar macht (Vertragsabschluss, Vertragslaufzeit etc.). Die Sinnhaftigkeit der Anstrengung, eine Vielzahl von Vertragskonvoluten durch eine Juristin oder einen Juristen nach den hier maßgeblichen Informationen durchforsten zu lassen, damit daraus schließlich ein um jede nähere Bedeutung entkleideter Zahlenschritt dieser Wissensbilanzkennzahl wird, darf in Zweifel gezogen werden.

Die "Verwertungs-Spin-Offs" schließen den neuen Bereich "Verwertung" ab: die Definition der Erläuterungen, was unter "Verwertungs-Spin-Off" ist wenig geglückt und lässt einige Fragen offen. Auch hier sind Abgrenzungsprobleme absehbar und auch hier fehlt eine Festlegung, in welchem Jahr ein derartiges Unternehmen zu zählen ist.

Insgesamt wirft die vorgeschlagene Kennzahl erhebliche Bedenken auf und sollte in der vorgeschlagenen Form nicht Bestandteil der Wissensbilanz-Verordnung werden.

5. Anregungen für Änderungen im Kennzahlenteil

Die im Folgenden angesprochenen Kennzahlen sind vom Verordnungsentwurf nicht betroffen. Trotzdem soll die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen, einige Anregungen für Änderungen einzubringen, die ggf. im Rahmen einer Novellierung der Wissensbilanz-Verordnung Berücksichtigung finden könnten.

5.1 1.A.5 Lohngefälle zwischen Frauen und Männern

Das Ziel dieser Kennzahl, Gleichstellung der Geschlechter und Frauenförderung vermittels Transparenz, wird von der Medizinischen Universität Innsbruck geteilt.

Es wird auch das Problem gesehen, dass mit dem Grad der Differenziertheit der Darstellung die betroffenen Personengruppen kleiner werden und damit im Sinne des Datenschutzes unberichtbare Werte vorliegen.

Die derzeitige Einteilung unter dem Schichtungsmerkmal "Personalkategorie" stützt sich auf unterschiedliche Kriterien: bei ProfessorInnen auf §§ 98 u. 99 Abs 1 u. 3 UG, beim weiteren wissenschaftlichen Personal auf das BDG bzw. VBG (VertragsdozentInnen) und schließlich auf den Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten. Da allerdings das Lohngefälle im Fokus der Kennzahl steht, sollte eine Kategorisierung nicht dort anknüpfen, wo weder im BDG, noch im VBG, noch im Kollektivvertrag, eine entsprechende Unterscheidung anzutreffen ist. Dies trifft insbesondere für ProfessorInnen zu, da § 38 des Kollektivvertrags gerade nicht zwischen Berufungsarten gem. UG unterscheidet.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass bei Personen die dem BDG oder dem VBG unterliegen, von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Entgelte nur in sehr bescheidenem Maße möglich sind, was für Personen im Kollektivvertrag nicht zutrifft. Dies lässt letztere Personengruppe für die Kennzahl als eigentlich informativer erscheinen. Im Ergebnis wäre die Kennzahl wohl etwas aussagekräftiger, wenn ausschließlich auf WissenschaftlerInnen abgestellt würde, welche dem Kollektivvertrag unterliegen, und hier nur drei Personalkategorien angeführt wären: UniversitätsprofessorInnen, Assoziierte ProfessorInnen und AssistenzprofessorInnen. Um Problemen bei unterjährigen Dienstverhältnissen gegenzusteuern, welche insbesondere durch die vierteljährlichen Sonderzahlungen entstehen können, sollte nur solche Personen einbezogen werden, die während des gesamten Berichtsjahrs der entsprechenden Gruppe angehört haben.

5.2.1.B.1 Anzahl der Personen im Bereich des wissenschaftlichen Personals mit einem mindestens 5-tägigen Auslandsaufenthalt (outgoing)

Diese Kennzahl war schon in der Wissensbilanz-Verordnung 2006 vorhanden, sie wurde in der Wissensbilanz-Verordnung 2010 durch weitere Schichtungsmerkmale ausgebaut.

Der Kennzahl selbst fehlt schon deshalb jede Aussagekraft, da sie u.a. ausdrücklich Auslandsaufenthalte zur Teilnahme an Tagungen und Kongressen ausschließt. Sie ist auch nicht interpretierbar.

Die Kennzahl sollte dringlich aus dem Bestand der Wissensbilanz eliminiert werden.

5.3. 1.B.2 Anzahl der Personen im Bereich des wissenschaftlichen Personals mit einem mindestens 5-tägigen Aufenthalt (incoming)

Was oben unter 5.2 gesagt wurde, trifft auf diese Kennzahl sinngemäß zu. Verschärfend kommt hinzu, dass die entsprechende Datenerhebung im Wege der Organisationseinheiten zusätzlichen Aufwand darstellt. Der Sinn der Kennzahl ist weder greifbar noch kommunizierbar, eine seriöse Interpretation nicht möglich.

Die Kennzahl sollte ersatzlos aus dem Bestand der Wissensbilanz eliminiert werden.

5.4 2.B.2 Doktoratsstudierende mit Beschäftigungsverhältnis zur Universität

Dieser Kennzahl wohnen zwei Probleme inne.

Einerseits ist sie datenschutzrechtlich zu hinterfragen, da sie eine Schnittmenge von zwei unterschiedlichen Personengruppen darstellt, nämlich den Studierenden und den

MitarbeiterInnen, die zur Universität in zwei völlig verschiedenen Rechtsverhältnissen stehen (öffentlich-rechtlich und privatrechtlich). Die Daten dieser zwei Personengruppen werden daher auch in der Regel getrennt verwaltet. Dies spiegelt sich auch in den entsprechenden Datenmeldungen an das bm.wf wieder: einerseits gem. UnivStEvVO, andererseits gem. BIDOK-VO. Nur in jenen Fällen, in denen das Anstellungsverhältnis an der Universität ausdrücklich auch ein Doktoratsstudium als Inhalt der Arbeitsleistung mit umfasst, können datenschutzrechtliche Bedenken nicht geltend gemacht werden. In allen anderen Fällen hingegen schon.

Andererseits gibt es z.B. an der Medizinischen Universität Innsbruck etliche wissenschaftliche MitarbeiterInnen, welche zwar ein Doktoratsstudium betreiben, jedoch an der Schwesteruniversität, der Universität Innsbruck. Diese werden von der vorliegenden Kennzahl naturgemäß nicht erfasst.

Insgesamt erscheint die Kennzahl keine gelungene Abbildung der Wirklichkeit zu sein und sollte sie daher gestrichen werden.

6. Optionale Kennzahlen

Im neu eingefügte § 5a Abs 2 bis 5 sieht der Verordnungsentwurf ein Prozedere vor, wie optionale Kennzahlen, welche von den Universitäten schon bisher autonom festgelegt und der Wissensbilanz hinzugefügt werden können, in das "Datawarehouse Hochschulbereich" beim bm.wf integriert werden können.

Grundsätzlich ist der Ansatz begrüßenswert, auch optionale Kennzahlen in das "Datawarehouse Hochschulbereich" einfließen zu lassen. Grundsätzlich ist auch nachvollziehbar, dass hierfür eine formal definierte Vorgangsweise und die Berücksichtigung technischer Notwendigkeiten erforderlich ist.

Das im Verordnungsentwurf vorgesehene Prozedere stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

1. *Gemeinsamer Vorschlag* der "in dieser Kennzahl abgebildeten" Universitäten an das bm.wf unter Berücksichtigung weiterer Voraussetzung gem § 5a Abs 3 Z 1 bis 3.
2. *Zustimmung* des bm.wf
3. Im Fall der *Zustimmung* des bm.wf Berichtspflicht der betreffenden Universitäten über mindestens drei Jahre
4. Nach drei Jahren *Ausstiegsmöglichkeit* der betreffenden Universitäten durch *Mitteilung* an das bm.wf
5. *Mitteilung* an das bm.wf durch die Universitäten, die nicht von der Ausstiegsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben, dass diese die Kennzahl fortführen wollen
6. *Zustimmung* des bm.wf zur Fortführung

Zu bemängeln ist an dieser Vorgangsweise, dass sie einerseits jedweden Rechtsschutz für die Universitäten vermissen lässt und andererseits ein außenwirksames rechtlich verbindliches und bindendes Handeln durch das Bundesministerium nicht aber durch die Bundesministerin oder den Bundesminister vorsieht. Richtigerweise ist der *Vorschlag* als ein Anbringen iSv § 13 AVG zu verstehen, welches an die zuständige Behörde, d.h. die Bundesministerin oder den Bundesminister zu richten ist, die sodann in einem rechtsgestaltenden Bescheid darüber abzusprechen hat. Zur Wahrung des Rechtsschutzes muss den Universitäten die Möglichkeit eingeräumt werden, gegen diesen Bescheid Beschwerde bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts bzw. ab 1.1.2014 beim Bundesverwaltungsgericht erheben zu können. Alternativ könnte auch eine Befassung der Schlichtungskommission gem. § 13a UG vorgesehen werden, dies würde jedoch eine entsprechende Novellierung des UG voraussetzen.

7. Veröffentlichung im Mitteilungsblatt

§ 11 der Wissensbilanz-Verordnung 2010 kam bislang kein eigener Regelungsinhalt zu, da die Veröffentlichung der Wissensbilanz im Mitteilungsblatt der Universität unverzüglich nach der Weiterleitung an die Bundesministerin oder den Bundesminister bereit in § 20 Abs 6 Z 3 UG normiert ist.

Der neue eingeführte § 11 Abs 2 des Verordnungsentwurfs sieht nunmehr vor, dass bei einer vom bm.wf festgestellten Unvollständigkeit des narrativen Teils der Wissensbilanz oder des Leistungsberichts, eine vollständige Wissensbilanz inkl. Leistungsbericht "nach Rücksprache mit dem bm.wf" neuerlich im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen sein soll und neuerlich dem bm.wf zu übermitteln wäre.

Die vorgesehene Regelung leidet unter ähnlichen Defiziten, wie sie bereits zu der vorgesehenen Vorgangsweise bei optionalen Kennzahlen festgestellt wurden. Die Defizite gehen aber noch darüber hinaus.

Die Ähnlichkeit der Mängel betrifft wiederum die Tatsache, dass der ministerielle Hilfsapparat, das Bundesministerium, anstelle der zuständigen Behörde, der Bundesministerin oder des Bundesminister, zu einer Entscheidung berufen werden soll, gegen die keinerlei Rechtsschutz gewährt werden soll. Bei genauerer Betrachtung erhellt jedoch, dass eine derartige Regelung - die im Übrigen die Verordnungsermächtigung in § 13 Abs 6 UG merkbar überschreitet - in der Wissensbilanz-Verordnung 2010 überflüssig ist:

1. Im Falle der Unvollständigkeit des narrativen Teils der Wissensbilanz steht es der Bundesministerin oder dem Bundesminister offen, ein aufsichtsrechtliches Verfahren gem. § 45 UG gegen das Rektorat und den Universitätsrat einzuleiten.
2. Im Falle der Unvollständigkeit des Leistungsberichts kann auf § 13 Abs 2 Z 5 iVm Z 6 UG verwiesen werden.

Die Neuregelung des § 11 der Wissensbilanz-Verordnung 2010 ist daher insgesamt von der entsprechenden Verordnungsermächtigung des UG nicht gedeckt, andererseits aber gar nicht nötig, da bereits derzeit ausreichend Möglichkeiten bereit stehen, dem in der Erläuterungen dargelegten Missstand gegenzusteuern.

6. Änderungen und Erweiterungen der Datenbedarfskennzahlen

6.1 1.4 Erlöse aus Lizenz-, Options- und Verkaufsverträgen sowie Verwertungs-Spin-Offs in Euro (neu)

Aus den Erläuterungen geht hervor, dass diese Kennzahl in Zusammenschau mit der ebenfalls neuen Wissensbilanzkennzahl 3.B.3 zu sehen ist, insbesondere was den dortigen Bereich "Verwertung" betrifft. Es handelt sich hierbei um eine Datenbedarfskennzahl, welche rein monetäre Informationen enthält. Daher stellt sich die Frage, warum sie nicht in den Rechnungsabschluss aufgenommen wurde, wobei ohnehin davon auszugehen ist, dass sich die fraglichen Erlöse dort in irgendeiner Form finden müssen.

Interessant erscheint die aus den Erläuterungen hervorgehende Überlegung, dass die Konzeption als Datenbedarfskennzahl (auch) die Vermeidung der Veröffentlichung dieser "sensiblen" Daten zum Ziel hat. Dies ist allein schon deshalb bemerkenswert, weil sohin auch eine Verwendung der Kennzahl im Kontext einer Leistungsvereinbarung unmöglich ist. Die oben unter 4.5 hinsichtlich der Wissensbilanzkennzahl 3.B.3 geäußerten Bedenken treffen auf die gegenständliche Datenbedarfskennzahl im Übrigen sinngemäß zu. Im Ergebnis sollte diese Datenbedarfskennzahl nicht eingeführt werden.

7. Anregungen für Änderungen der Datenbedarfskennzahlen

7.1 2.6 Wissenschaftliches Personal mit einem nicht-medizinischen Studienabschluss

In der Wissensbilanz-Verordnung 2006 war diese Kennzahl noch dem spezifischen Wissensbilanzkennzahlen-Set für die Medizinischen Universitäten zugeordnet, mit der

Wissensbilanz-Verordnung 2010 wurde sie eine Datenbedarfskennzahl für die Medizinischen Universitäten.

Dass die Kennzahl nur für Medizinische Universitäten zur Berichtspflicht zählt, indiziert, dass sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den Besonderheiten dieser Universitäten stehen muss (§§ 29 ff UG). In den einschlägigen Bestimmungen des UG lassen sich jedoch Besonderheiten hinsichtlich des (wissenschaftlichen) Personals nur für solche Personen ableiten, die im klinischen Bereich als Ärztinnen oder Ärzte tätig sind. Dass diese über einen medizinischen Studienabschluss verfügen, ist selbstverständlich. Personen mit einem medizinischen Studienabschluss, die nicht als Ärztinnen oder Ärzte im klinischen Bereich tätig sind, unterscheiden sich im Lichte von §§ 29 ff UG nicht von Personen mit einem anderen Studienabschluss. Die Berichtspflicht lässt sich also nicht schlüssig aus §§ 29 ff UG ableiten.

Wenn die allgemeine Spezialisierung der Medizinischen Universitäten und nicht §§ 29 ff UG der Grund für diese besondere Berichtspflicht ist, stellt sich die berechnete Frage, warum nicht etwa auch Technische Universitäten über wissenschaftliches Personal mit einem nicht-technischen Studienabschluss zu berichten haben. Auch die Universitäten der Künste könnten herangezogen werden. Im Kern dürfte es sich hier um ein Problem des Gleichheitsgrundsatzes handeln.

Insgesamt lässt sich daher die Datenbedarfskennzahl nicht nachvollziehbar begründen und ist die Frage ihrer Verwendung offen, so dass sie gestrichen werden könnte.